

## Verwilderung der Grundrechte

Dass man sich vor einer ansteckenden Krankheit schützen muss, ist selbstverständlich. Aber dass man ganze Volkswirtschaften, das Gesellschaftsleben, das kulturelle, sportliche, schulische – kurz: das ganze Leben – stilllegen muss, das leuchtet nicht ein.

Doch zurzeit regiert die Verwaltung allein. Alle freiheitlichen, verfassungsmässigen, demokratischen Regeln gelten nicht mehr. Es herrscht die Diktatur der Verwaltung. Doch das greift nun auch auf das Parlament über. Der Ständerat hat dem Bundesrat eine «standing ovation» gewidmet für die angerichteten Schäden und die Milliarden, die aus der Kasse der Bürger bezahlt werden, um diese Schäden zu mildern.

So beantragen nicht nur linke Politiker, dass die Vermieter für mindestens zwei Monate auf 70 Prozent ihres Mietzinses verzichten müssten. Tragen soll diesen Mietausfall nicht der Staat, der den Schaden verursacht hat, sondern willkürlich ein Vertragspartner.

Ohne Gesetz – nur dank Notrecht – wird die durch die Bundesverfassung garantierte Eigentumsgarantie ausgehebelt. Das zeigt, wie gefährlich eine Diktatur ist: Kein so Enteigneter kann sich gegen dieses Treiben wehren, denn es



gelte ja Notrecht. Dabei wäre der Schutz vor Raub, Diebstahl, Einbruch oder Enteignung – generell der Schutz des Privateigentums – eine der wichtigsten Staatsaufgaben. Der freiheitliche Staat weiss: ohne Schutz des Privateigentums keine Marktwirtschaft und ohne Marktwirtschaft keine Wohlfahrt.

Und wie steht es mit dem Domino-Effekt? Wie soll der Vermieter seine Hypothekarzinsen, den Unterhalt, Erneuerungsinvestitionen, Abschreibungen verkraften, wenn er keine Einnahmen mehr hat? Was geschieht mit den Pensionskassen, die man jetzt enteignet? Eigentum muss vor Enteignung geschützt werden. Privateigentum ist ein wichtiges Grundrecht.

E gfreuti Wuche.

*Christoph Blocher*